



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Montag, 02.12.2019 von 18:00 bis 19:07 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
--------------------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Lilly Beckert	Schülervertreterin	
Herr Christoph Böhm	CDU	
Frau Sandra Brake-Gehlenborg	Elternvertreterin	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Heike de Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Hans Meyer	SPD	
Frau Marlies Preuth	CDU	
Herr Jan-Gert Roter	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Taming	FDP	
Frau Celia Twistel	Lehrervertreterin	
Frau Marianne von Garrel	CDU	

Beratende Mitglieder

Frau Monika Brokamp	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	
---------------------	--	--

Verwaltung

Frau Marina Meemken		
Hildegard Reiners		
Klaus Sandmann	Fachbereichsleiter	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Karsten Vahl	Kämmerer	

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Eike Baran	SPD	
-----------------	-----	--

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Strey	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	
-------------------	--	--

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, insbesondere die Eltern-, Lehrer- und Schülervertretung, die Mitglieder der Verwaltung, die Vertreterin aus dem Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen, die Presse sowie die Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Unter Top 2 stellt der Ausschussvorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Bürgermeister Sven Stratmann begrüßt ebenfalls alle Anwesenden, insbesondere die Lehrervertreterin Frau Celia Twistel und die Elternvertreterin Frau Sandra Brake-Gehlenborg als neue Mitglieder des Ausschusses. Per Handschlag nimmt der Bürgermeister die Verpflichtung von Frau Twistel und Frau Brake-Gehlenborg auf die §§ 40-42 NKomVG vor und bedankt sich für die Bereitschaft zur Mitarbeit im Schulausschuss.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da keine Einwände erhoben werden, stellt der Ausschussvorsitzende danach die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung

Die Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung vom 05.06.2019 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Frau Meemken teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass der zuständige schulfachliche Dezernent der Landesschulbehörde, Herr Ehmen, nicht mehr zur Verfügung steht. Bis zur Neubesetzung des Postens erfolgt eine Vertretung durch die Kollegen der Landesschulbehörde.

Sie berichtet weiter, dass der Landkreis Cloppenburg zu einer Gesprächsrunde zum Thema Schulverweigerer eingeladen hatte. Besprochen wurde eine einheitliche Vorgehensweise in dieser Thematik. Die Zahl der Schulverweigerer nimmt immer mehr zu. Mitarbeiter des Ordnungs- und Schulamtes werden gemeinsam eine Vorgehensweise für die städtischen Schulen vorbereiten.

Die zusätzlichen 5 Stunden für die Schulsozialarbeit an den städt. Grundschulen wurden über das Caritas Sozialwerk besetzt. Die Schulsozialarbeiterin hat sich bei den Grundschulen vorgestellt und wird nach Bedarf eingesetzt. In der letzten Förderrunde hat die Stadt Friesoythe leider keine Stellenzuweisung für Grundschulen vom Land erhalten. Die Kriterien sind nicht nachvollziehbar, daher hat die Verwaltung eine Beschwerde eingereicht.

TOP 6 Mitteilungen

TOP 6.1 Schülerzahlenprognose Grundschulen Vorlage: MV/293/2019

Bereichsleiterin Marina Meemken erklärt, dass die vorliegende Schülerzahlenprognose auf Grundlage der Geburtenzahlen und der Meldungen aus den Schulen zusammengestellt wurde. Zuzüge sind nicht berücksichtigt.

Frau Silke Diekhaus und Frau Marianne von Garrel weisen auf Fehler in den Prognosen der Marienschule und der Grundschule Hohefeld hin.

Protokollhinweis:

*Grundschule Marienschule, Schuljahr 2025/2026, Klasse 3 = 44 Schüler,
Grundschule Hohefeld, Schuljahr 2019/2020, Klasse 4 = 8 Schüler (gesamt 8 Schüler).*

Frau von Garrel erkundigt sich nach der Schulanmeldung an der Grundschule Hohefeld für das Schuljahr 2020/2021. Frau Meemken berichtet, dass die Anmeldungen für das nächste Schuljahr bereits im Mai stattgefunden haben und an der Grundschule Hohefeld kein Kind angemeldet wurde.

Frau Melanie Buhr teilt mit, dass der zweite Jahrgang der Ludgeri-Schule nicht zwei- sondern dreizügig ist. Frau Meemken informiert, dass die Schülerzahlen aus der Schulstatistik zu Beginn des Schuljahres stammen und der Jahrgang zu dem Zeitpunkt noch zweizügig war.

TOP 6.2 Nutzung von "externen" Räumlichkeiten durch die Heinrich-von-Oytha-Schule und die Gerbert-Schule
Vorlage: MV/245/2019

Bürgermeister Sven Stratmann verweist auf die letzte Sitzung des Schulausschusses, in der ange-regt wurde zu prüfen, ob die HvO-Oberschule und die Gerbert-Schule Altenoythe freie Räumlich-keiten in der Grundschule Hohefeld nutzen können. Beide Schulleitungen wurden um Stellung-nahmen gebeten. Die Stellungnahmen wurden der Mitteilungsvorlage angefügt.

TOP 7 Antrag der Heinrich-von-Oytha-Schule und Gerbert-Schule zur Erstellung eines Zeitplanes für die Umsetzung der Baumaßnahmen
Vorlage: BV/300/2019

Zum Antrag der HvO-Oberschule und der Gerbert-Schule Altenoythe nimmt der Fachbereichsleiter Klaus Sandmann Stellung. Er weist auf die bevorstehenden personellen Veränderungen im Bau-amt und die Vielzahl der aktuellen Baumaßnahmen hin. In Absprache mit der Bereichsleiterin Frau Meemken wird die Verwaltung Anfang 2020 einen Zeitplan für die Umsetzung der Schulbaumaß-nahmen in Altenoythe erstellen.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich, ob eine externe Vergabe dieser Aufgabe in Frage kommt.

Klaus Sandmann erklärt, dass aufgrund der hohen Baukosten eine europaweite Ausschreibung sowohl für Planungs- als auch Bauleistungen erforderlich ist. Bereits mit den vorbereitenden Arbei-ten hierfür wäre ein Mitarbeiter beschäftigt. Er ist sich sicher, dass der Fachbereich Bau die Maß-nahme selbst bewältigen kann.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich danach, ob im Haushaltsplanentwurf 2020 für diese Maß-nahme Planungskosten enthalten sind. Kämmerer Karsten Vahl stimmt dem zu.

Einstimmig empfiehlt der Schulausschuss folgende Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird bis zum 31.03.2020 eine detaillierte Zeitplanung zur Umsetzung des Neubaus der Grundschule Altenoythe und Herrichtung der Räumlichkeiten für die Oberschule erarbeiten und den Schulen zur Verfügung stellen.

TOP 8 Umsetzung des Digitalpaktes an städtischen Schulen
Vorlage: BV/295/2019

Frau Meemken erklärt, dass Bund und Land sich auf den Digitalpakt zur Verbesserung der digita-len Infrastruktur in Schulen geeinigt haben. Die Stadt ist als Schulträger verpflichtet, ihre Schulen auszustatten. Dazu zählt auch die IT-Ausstattung. Bisher hat die Stadt über die Schulbudgets Mit-tel für EDV in den Schulen zur Verfügung gestellt. Die Schulleitungen haben eigenverantwortliche Anschaffungen getätigt.

2016 wurde auf Landkreisebene ein Medienentwicklungsplan von einem Beratungsbüro aufge-stellt, berichtet Frau Meemken. Dieser sollte Standards festlegen und die Qualität der EDV-Ausstattung steigern. Dieses Vorhaben ist aufgrund ungeklärter Umsetzung insbesondere der Ad-ministration im Sande verlaufen und nun auch veraltet.

Mit den Geldern des Digitalpaktes kann die IT-Ausstattung in den Schulen von Grund auf erneuert werden, erläutert Frau Meemken. Die Mittel können für verschiedene Maßnahmen, wie z.B. die Vernetzung in Schulgebäuden, WLAN, Portale, Cloud-Lösungen, interaktive Displays und teilweise mobile Endgeräte eingesetzt werden. Der Stadt wurde ein festes Budget in Höhe von 999.887,00 € zugewiesen, welches bis 2025 zur Verfügung steht. Dieses setzt sich aus einem Sockelbetrag und einer Kopfpauschale zusammen. Der Sockelbetrag beträgt 30.000,00 € je Schule bei mindestens 60 Schülerinnen und Schülern. Ist die Schülerzahl geringer, wird der Betrag anteilig festgesetzt. Die Schulstatistik 2018/2019 ist Grundlage für den Kopfbetrag (weiterf. Schulen: ca. 445,00 € Grundschulen: ca. 222,00 €). Der Sockelbetrag ist an die jeweilige Schule gebunden, die Kopfpau-

schale kann auf Schulträgerebene verteilt werden. Die Verwaltung schlägt vor, die Fördersummen entsprechend der in der Beschlussvorlage aufgeführten Tabelle zu verteilen und den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Frau Meemken erklärt, dass für die Beantragung der Mittel ein schuleigenes Medienbildungskonzept erforderlich ist.

Momentan ist die Ausgangssituation in den Schulen sehr unterschiedlich, berichtet Frau Meemken. Es wurden bereits Gespräche mit Schulleitungen geführt. In einer ersten Produktpräsentation konnten sich die Lehrer informieren. Die detaillierte Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll durch die zusätzliche EDV-Kraft erfolgen.

Positiv beurteilt Frau Meemken, dass sich die Grundschulleitungen gemeinsam überlegt haben, welche technischen Vorkehrungen es in einem Klassenraum geben sollte (s. Anhang). Die weiterführenden Schulen sind besser ausgestattet als die Grundschulen, z.T. ist die Technik jedoch auch veraltet.

Sie berichtet, dass der Rektor der Oberschule einen Antrag auf Ausstattung der Lehrkräfte mit iPads gestellt hat. Die Anschaffungskosten belaufen sich auf ca. 15.000,00 €, hinzukommen die Unterhaltungskosten. Lehrkräfte sind grundsätzlich nicht verpflichtet selbst Arbeitsmittel zu beschaffen, da steht ihr Abreitgeber (Land Niedersachsen) in der Pflicht. Für Frau Meemken ist der Antrag nachvollziehbar, es sollte jedoch die Entscheidung des Landes abgewartet und zunächst ermittelt werden, wofür Gelder des Digitalpaktes eingesetzt werden sollen. Danach sollte erneut über den Antrag beraten werden.

Frau Meemken gibt zu bedenken, dass die Mittel aus dem Digitalpakt als Anschubfinanzierung für digitale Medien in Schulen zu beurteilen sind. Die Folge- und Ersatzbeschaffungskosten sind nach jetzigem Stand von der Kommune zu tragen. Der Landkreis hat beispielsweise mit Ausgaben in vierfacher Förderhöhe kalkuliert.

Die Nachfrage von Ratsherr Wilhelm Bohnstengel, ob die Fördermittel auch für Arbeitsmaterial von Lehrern eingesetzt werden können, wird von Frau Meemken verneint.

Ratsherr Hubert Schrand erkundigt sich, ob die Mittel für die Grundschule Hohefeld auch nach einer Schließung zur Verfügung stehen. Frau Meemken informiert, dass die Kopfpauschale beim Schulträger verbleibt. Über den Sockelbetrag konnte die Landesschulbehörde derzeit noch keine Auskunft geben.

Ratsfrau Silke Diekhaus bittet um Anpassung der Zuwendungen nach den aktuellen Schülerzahlen. Frau Meemken erklärt, dass das Land die Beträge nach der Schulstatistik 2018/2019 festgesetzt hat. Eine Änderung wird nicht vorgenommen.

Ratsherr Hubert Schrand bezweifelt, dass bei der Vielzahl an Maßnahmen eine zusätzliche Administratorenstelle ausreicht. Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass diese Stellenbesetzung der erste Schritt ist und bei Bedarf nachgebessert wird.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich, ob es sinnvoll ist, das Medienzentrum Cloppenburg einzubinden. Frau Meemken antwortet, dass bereits in Bezug auf die allgemeinen Rahmenbedingungen Kontakt zum Medienzentrum besteht. Eine Betreuung ist von dort intensiv aber nicht möglich.

Ratsfrau Marianne von Garrel fragt nach, bis wann die Gelder abgerufen werden können. Frau Meemken erklärt, dass das Programm für fünf Jahre ausgelegt ist und Anträge bis zum 16.05.2023 gestellt werden können.

Ratsherr Andreas Tameling fehlt die Aufstellung der Maßnahmen, die in den Schulen durchgeführt werden sollen. Er bittet darum, detailliert zu erklären, wie der Ablauf geplant ist. Ggf. ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen Ausstattung der Schulen die Notwendigkeit die Fördersummen anders zu verteilen.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass dies die Aufgabe des neuen EDV-Administrators sein wird. Die Verwaltung will alle Fördergelder abrufen. Frau Meemken ergänzt, dass das IT-Personal sich alle Schulen ansehen wird und die Infrastruktur schafft. In Abstimmung mit den pädagogischen Konzepten der Schulen werden dann Anschaffungen getätigt.

Ratsherr Taming stimmt dem zu und erkundigt sich, ob der Einsatz von externen Beratungsfirmen sinnvoll ist. Das städtische Personal muss sich zunächst einen Überblick verschaffen und sich einarbeiten. Frau Meemken erklärt, dass die EDV-Abteilung optimistisch ist, die genannten Punkte selbst erarbeiten zu können. Ein externes Unternehmen wurde darüber hinaus für die gesamte Abwicklung der Förderung ca. 100.000,00 € kosten.

Ratsherr Christoph Böhmann erkundigt sich nach den z.T. sehr niedrigen Fördersummen für die Grundschulen und fragt sich, ob diese dann schlechter ausgestattet werden. Bürgermeister Strammann antwortet, dass die Stadt entsprechend eigene Mittel zur Verfügung stellen muss, um alle annähernd gleich ausstatten zu können. Im ersten Schritt muss nun die Basisausstattung erfolgen, danach werden Produkte ausgesucht.

Für Ratsherr Hans Meyer ist es wichtig, heute den Verteilschlüssel zu beschließen, um Maßnahmen beantragen zu können. Diese sollten eigenständig vom städtischen Personal durchgeführt werden. Finanziell ist ggf. noch nachzusteuern.

Auf Nachfrage von Ratsherr Hubert Schrand erklärt Frau Meemken, dass es sich bei der Zuweisung um einen Festbetrag handelt.

Ratsherr Andreas Taming fragt erneut, inwieweit die politischen Gremien beteiligt werden. Ratsherr Meyer antwortet, dass die Umsetzung und Problemlösung von der Verwaltung zu erledigen ist.

Dem Verwaltungsausschuss wird einstimmig folgende Beschlussfassung empfohlen:

Die Mittel aus der „Richtlinie zur Verbesserung der IT-Infrastruktur und der IT-Ausstattung in Schulen“ werden den Schulen wie folgt zur Verfügung gestellt; eine Umverteilung der Kopfpauschale erfolgt nicht:

Schuleinrichtung	Sockelbetrag	Betrag pro Kopf	Gesamtförder-summe	Schülerinnen und Schüler
GS E-Damm	17.000,00 €	7.573,00 €	24.573,00 €	34
GS Gerbert-Schule	30.000,00 €	26.282,00 €	56.282,00 €	118
GS Hohefeld	12.000,00 €	5.345,00 €	17.345,00 €	24
GS Kampe	23.000,00 €	10.245,00 €	33.245,00 €	46
GS Marienschule	30.000,00 €	42.318,00 €	72.318,00 €	190
GS Ludgeri-Schule	30.000,00 €	66.818,00 €	96.818,00 €	300
GS Mittelsten-Thüle	26.000,00 €	11.582,00 €	37.582,00 €	52
GS Markhausen	30.000,00 €	19.600,00 €	49.600,00 €	55
GS Neuscharrel	2.500,00 €	1.114,00 €	3.614,00 €	5
GS Gehlenberg	30.000,00 €	20.936,00 €	50.936,00 €	94
HVO Oberschule	30.000,00 €	206.691,00 €	236.691,00 €	464
Realschule Friesoythe	30.000,00 €	290.882,00 €	320.882,00 €	653
	290.500,00 €	709.387,00 €	999.887,00 €	2.068

Im Förderzeitraum sollen alle Gelder vollständig ausgeschöpft werden. Die Stadt Friesoythe wird im Rahmen der genehmigten Haushaltspläne ebenfalls Mittel bereitstellen. Der Antrag der Heinrich-von-Oytha Schule auf Ausstattung der Lehrkräfte mit iPads wird zunächst zurückgestellt.

TOP 9 Dachsanierung Grundschule Gehlenberg - Altbau Vorlage: BV/301/2019

Fachbereichsleiter Klaus Sandmann erklärt, dass bei der Herrichtung der ehemaligen Wohnung zu Betreuungsräumen festgestellt wurde, dass das Dach an der Grundschule Gehlenberg teilweise abgängig ist. Die Dachsanierung soll im nächsten Jahr durchgeführt werden.

Der Schulausschuss schlägt einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Ein Teil des Daches der Grundschule Gehlenberg (Altbau – Verwaltung) wird saniert. Hierfür werden Mittel in Höhe von 30.000,00 € im Haushalt 2020 bereitgestellt.

TOP 10 Sanierungsmaßnahmen an der Heinrich-von-Oytha-Schule
Vorlage: BV/302/2019

Herr Sandmann verweist auf die verschiedenen Sanierungsarbeiten an der Oberschule in den vergangenen Jahren. Diese Arbeiten sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Der Schulausschuss macht einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

Die Nebeneingangstüren der Heinrich-von-Oytha-Schule werden ausgetauscht. Dafür werden 20.000,00 € im Haushalt 2020 bereitgestellt.

Für zusätzlichen Sonnenschutz von 6 Klassenräumen werden 29.000,00 € zur Verfügung gestellt. Der Fortführung der Trockenbau-, Maler-, Bodenbelags- und Elektroarbeiten im Erdgeschoss sowie 1. und 2. Obergeschoss wird ebenfalls zugestimmt. Mittel in Höhe von 80.000,00 € werden in den Haushalt aufgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die o.g. Maßnahmen auszuschreiben und durchzuführen.

TOP 11 Sanierungsmaßnahmen an der Realschule Friesoythe
Vorlage: BV/303/2019

Bereichsleiterin Marina Meemken teilt mit, dass die Toilettenanlage in der kleinen Pausenhalle der Realschule sanierungsbedürftig ist. In diesem Zusammenhang soll ein behindertengerechtes WC hergerichtet werden. Diese Maßnahme ist für das nächste Jahr vorgesehen. Die geplante Fachdachsanierung im Technik- und Klassentrakt wird auf das Jahr 2021 verschoben, da eine Dachsanierung an der Grundschule Edewechterdamm unumgänglich ist.

Auf die Frage von Ratsherr Hubert Schrand, warum diese Änderung vorgenommen wird, erklärt Herr Vahl, dass das Dach an der Grundschule Edewechterdamm erhebliche Schäden aufweist und dort kurzfristig Sanierungsarbeiten durchgeführt werden müssen. Der Haushaltsplanentwurf 2020 hat einen sehr engen Rahmen, daher werden Sanierungen nach ihrer Priorität aufgenommen.

Ratsherr Jan-Gert Roter erkundigt sich, ob der Umzug der Ludgeri-Schule vom Aufschub der Dachsanierung betroffen ist. Frau Meemken verneint dieses.

Ratsherr Gerd Stratmann verweist auf die Anmeldung der Maßnahmen bei der Kreisschulbaukasse und fragt, ob die Sanierungsarbeiten dort als Gesamtmaßnahme angemeldet wurden. Frau Meemken erklärt, dass Sanierungsmaßnahmen nicht förderfähig sind.

Ratsherr Christoph Böhmann erkundigt sich, ob der Aufschub der Flachdachsanierung negative Folgen haben kann. Fachbereichsleiter Klaus Sandmann hat sich das Dach der Realschule angeschaut und ist der Auffassung, dass diese Sanierung zusammen mit der Sanierung weiterer Dachabschnitte ausgeschrieben und umgesetzt werden sollte. Die Maßnahme an der Grundschule Edewechterdamm ist im Augenblick wichtiger.

Dem Verwaltungsausschuss wird einstimmig folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Toilettenanlage in der kleinen Pausenhalle zu sanieren. Hierfür werden 65.000,00 € im HH 2020 bereitgestellt. Die Flachdachsanierung des Technik- und Klassentraktes wird auf 2021 verschoben. Dafür sollen Mittel in Höhe von 120.000 € zur Verfügung gestellt werden.

TOP 12 Schließung der Grundschule Hohefeld zum 01.08.2020
Vorlage: BV/298/2019

Bürgermeister Sven Stratmann verweist auf die rückläufigen Schülerzahlen an der Grundschule Hohefeld. Ab dem 01.08.2020 werden dort keine Schülerinnen und Schüler mehr beschult. Er bittet darum, eine Entscheidung über die Zukunft der Grundschule Hohefeld zu treffen, um Planungssicherheit für die Eltern, die Lehrer und auch den Schulträger zu schaffen.

Ratsfrau Marianne von Garrel fällt diese Entscheidung sehr schwer. Sie sieht aber die eindeutige Entscheidung der Eltern, die ihre Kinder nicht mehr an der Grundschule Hohefeld angemeldet haben. Dennoch ist sie der Auffassung, dass die Entscheidung jetzt noch nicht getroffen werden muss und bis zum 01.08.2020 Zeit hat. Bürgermeister Stratmann macht wiederholt deutlich, dass er es nicht für richtig hält, wenn der Stadtrat als entscheidendes Gremium, die Schließung zum wiederholten Male (nach Neuvrees) den Eltern überlässt und diese Entscheidung aussitzt.

Frau Marina Meemken erklärt, dass der Schulträger nach § 106 NSchG verpflichtet ist, Schulen zu errichten, zu erweitern, einzuschränken, zusammenzulegen, zu teilen und aufzuheben, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies erfordert. Die Rechtsabteilung der Landesschulbehörde hat der Stadt Friesoythe in diesem Fall empfohlen, eine Entscheidung auf den Weg zu bringen.

Ratsherr Jan-Gert Roter sieht das genauso. Er erkundigt sich nach dem Hinweis in der Sitzungsvorlage zur Nachnutzung des Gebäudekomplexes.

Es gibt mehrere Anfragen zur Nachnutzung durch Vereine oder Gruppen, erklärt der Bürgermeister. Auch Kaufinteressenten haben ihn bereits angesprochen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die schlechte Substanz des Gebäudes. Über die Nachnutzung wird zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

Bei einer Enthaltung empfiehlt der Schulausschuss dem Verwaltungsausschuss folgende Beschlussfassung:

Die Grundschule Hohefeld wird zum Schuljahr 01.08.2020 geschlossen. Der Einzugsbereich der Grundschule Hohefeld wird der Gerbert-Schule Altenoythe zugeordnet.

TOP 13 Haushalt 2020 für den Bereich Schulen
Vorlage: BV/292/2019

Kämmerer Karsten Vahl erläutert, dass für den Bereich Schulen im Haushaltsplanentwurf 2020 Auszahlungen in Höhe von 4,0 Mio. € vorgesehen sind. Darin enthalten sind im Wesentlichen folgende Ansätze:

- Baumaßnahme Ludgeri-Schule/Realschule 1,0 Mio. €
- Beitrag an die Kreisschulbaukasse 0,4 Mio. €
- Sanierungsmaßnahmen Schulen 0,3 Mio. €
- Digitalpakt Schulen 0,2 Mio. €
- der Rest sind laufende Unterhaltungs- und Betriebskosten 2,1 Mio. €.

Dem gegenüber stehen Einzahlungen in Höhe von 1,3 Mio. €. Diese setzen sich aus Zuweisungen aus der Kreisschulbaukasse für die Baumaßnahme Ludgeri-Schule/Realschule (0,6 Mio. €), aus Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land und Landkreis (0,6 Mio. €) und der Zuweisung vom Land für den Digitalpakt (0,1 Mio. €) zusammen. Herr Vahl errechnet damit in diesem Bereich eine Finanzierungslücke von 2,7 Mio. €.

In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister auf das hohe Investitionsvolumen des Landkreises Cloppenburg im Bildungsbereich hin. Für die Kommunen ist es schwierig hier gleichzuziehen. Allein in Friesoythe investiert der Landkreis im nächsten Jahr ca. 50 Mio. € in die Kreisschu-

len. Die Bürgermeister des Landkreises Cloppenburg sind bemüht hier einen Gleichschritt herbeizuführen. Hierzu wird es ein Gespräch mit den Kreistagsabgeordneten geben.

Auf Antrag von Ratsherr Christoph Böhmann wird die Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Verwaltungsausschuss gegeben.

TOP 14 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Keine

TOP 15 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsfrau Melanie Buhr teilt mit, dass der ADAC jahrelang Leucht-/Warnwesten für die Erstklässler angeschafft hat. Dieses Projekt wurde jetzt eingestellt. Sie regt an, die Anschaffung von Leuchtwesten für die Erstklässler von der Stadt Friesoythe weiterzuführen. Der Bürgermeister nimmt diese Anregung auf und sagt eine Prüfung zu.

Ratsfrau Marlies Preuth weist darauf hin, dass die Bushaltestelle in Mittelstenthüle (Ecke Kurfürstendamm /Gasthof Zur Linde) nicht beleuchtet ist. Sie bittet darum, die Bushaltestelle in der dunklen Jahreszeit zu beleuchten. Herr Stratmann sagt zu, dass die Verwaltung sich darum kümmern wird.

Frau Brokamp vom Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen bittet um Beteiligung des Beirates bei der Sanierung der Realschule, insbesondere bei der Errichtung einer behindertengerechten Toilettenanlage. Der Bürgermeister sagt dies zu.

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Sven Stratmann
Bürgermeister

Hildegard Reiners
Protokollführerin